



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Gabriele Triebel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand, Johannes Becher** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bildungsteilhabe ermöglichen – Zunehmende Benachteiligung von geflüchteten Schülerinnen und Schülern verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihrem Bildungsauftrag auch für geflüchtete Kinder und Jugendliche in Flüchtlingsunterkünften während der COVID-19-Pandemie gerecht zu werden.

Dabei ist besonders zu beachten:

- Geflüchtete Kinder und Jugendliche in Sammelunterkünften brauchen eine digitale Infrastruktur, geeignete Lernräume und professionelle Unterstützung, um den Anforderungen der Regelschule nachkommen zu können,
- sie brauchen außerschulische Förder- und Lernangebote, welche das digitale Lernen in Deutschklassen sowie den Übergang in Regelklassen erleichtern,
- sollte es zu neuerlichen Schulschließungen kommen, brauchen geflüchtete Kinder, die kein digitales Endgerät oder eine stabile Internetverbindung haben, unbürokratisch die Aufnahme in die Notbetreuung.

Begründung:

Geflüchtete Kinder und Jugendliche sind von den Beschränkungen während der Corona-Krise besonders hart getroffen worden.

Den Kindern und Jugendlichen in Sammelunterkünften fehlen wesentliche Grundvoraussetzungen, um am digitalen Fernunterricht teilzunehmen. Es gibt dort keine verlässlichen Unterstützungsstrukturen. So sind etwa in den Unterkünften für Geflüchtete in der Regel kein WLAN im Wohnbereich verfügbar, Laptops oder Computer und Drucker sind selten vorhanden, Internetkontingente auf Handys nach wenigen Tagen verbraucht. Zudem leben Familien häufig auf engstem Raum, was Kindern und Jugendlichen das Lernen grundsätzlich erschwert. Angesichts pandemiebedingt verschlossener Gemeinschaftsbereiche existierten meist keinerlei Rückzugsmöglichkeiten mehr. Ehrenamtliche Unterstützungsangebote, wie z. B. zur Hausaufgabenhilfe, wurden stark eingeschränkt und Eltern sind wegen fehlender Deutschkenntnisse überfordert, ihre Kinder beim Lernen zu unterstützen.

Es darf keine weitere Zeit verloren werden, um geflüchteten Schülerinnen und Schülern den Anschluss im neuen Schuljahr zu ermöglichen. Daher müssen sofort nicht nur eine adäquate technische Ausstattung, sondern auch weitere Unterstützungsangebote zur Verfügung gestellt werden. Geflüchtete Kinder und Jugendliche sind pandemiebedingt nicht nur von einer Schulschließung, sondern auch durch explizite Quarantänemaßnahmen für einzelne Sammelunterkünfte betroffen.